



<b>Beschlussvorlage</b>		Vorlage-Nr:	VO/2014/421
Federführend: FB 3 Jugend und Familie		Status:	öffentlich
		Datum:	28.10.2014
		Ansprechpartner/in:	Mönke, Christina
		Bearbeiter/in:	Annelene Schlüter
Mitwirkend:		Die Begründung der Nichtöffentlichkeit entnehmen sie bitte dem Sachverhalt.	
<b>Haushalt 2015</b>			
<b>Beteiligung des Kreises an der Bundes- bzw. Landesförderung für investive Maßnahmen beim Ausbau U 3</b>			
Beratungsfolge:			
Status	Gremium	Zuständigkeit	
	Jugendhilfeausschuss	Beratung	
	Hauptausschuss	Beratung	
	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde	Entscheidung	

**Beschlussvorschlag:**

Auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschließt der Kreistag,

- a) in den Haushalt 2015 die Summe von 320.000 € für eine Beteiligung des Kreises an den bereits bewilligten Maßnahmen einzustellen,
- b) dass bei eventuell nachfolgenden Bundes- bzw. Landesprogrammen keine zusätzliche Förderung durch den Kreis mehr erfolgen soll.

**Begründung der Nichtöffentlichkeit:**

./.

**Sachverhalt:**

Der Kreistag hat 2008 beschlossen, den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren mit 10 % der Bundes- bzw. Landesförderung zu fördern und entsprechende Mittel im Haushalt bereit zu stellen.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat

über das Bundesinvestitionsprogramm

für die Zeit von 2008 bis 2013 einen Verfügungsrahmen von

7.235.000,00 €

für die Zeit von 2013 bis 2014 einen Verfügungsrahmen von

2.183.618,86 €

über die Landesinvestitionsprogramme

für die Zeit von 01.01.2011-30.06.2012 einen Verfügungsrahmen von

4.061.155,98 €

für die Zeit vom 01.07.2012-30.06.2014 einen Verfügungsrahmen von

1.270.639,30 €

Erweiterung des Verfügungsrahmens um

928.000,00 €

für Maßnahmen zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren im Kreis erhalten.

An diesen Maßnahmen hat der Kreis sich mit 10 % der Bundes- bzw. Landesförderung beteiligt.

Im Entwurf des Haushalts 2015 sind in Abhängigkeit zu bereits bewilligten Maßnahmen 320.000 € für eine Beteiligung des Kreises berücksichtigt.

Es wird vorgeschlagen, dass für eventuell nachfolgende Bundes- bzw. Landesprogramme keine zusätzliche Förderung durch den Kreis mehr erfolgen sollte.

Christina Mönke